

Meinungen April 1982
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Evangelische Verantwortung

Heft 4/1982

Zwischen Angst und Hoffnung

Bischof D. Dr. Hans-Otto Wölber

Was ist mit dieser Bundesrepublik los? Haben wir keine Hoffnung, weil es Ängste gibt? War das nur eine Schönwetterdemokratie — nun aber ist sie unter Wolken verdrossen, depressiv, eine nicht selten tumultuarische Szene? Stürzt die unbeflügelte Seele dieses Gemeinwesens ab, weil materielles Glück schrumpft? In der Tat: Angst geht um; aber sie läßt sich auch verführen. Und sie lähmt. Etliche benutzen sie als Alibi, bei etlichen ist es eine Mode. Was geschieht wirklich?

Ich will versuchen, unsere Situation von Strukturen und Inhalten des biblischen Denkens her zu beleuchten. Dabei werde ich wohl anders als ein Politiker oder Wirtschaftsmann argumentieren. Aber auch ich meine einen Sitz im Leben. In diesem Sinne werde ich drei Punkte ansprechen: 1. die Früchte der Angst. 2. den Ruf nach einer neuen Humanität. 3. das Mysterium Hoffnung.

Früchte der Angst

Blaise Pascal hat einmal gesagt: „Fürchtet euch nicht — vorausgesetzt, daß ihr euch fürchtet. Wenn ihr euch aber nicht fürchtet, dann fürchtet euch!“ Er benennt ein Widerspiel. Auf der einen Seite braucht es Angst. „In der Welt hat man Angst“, sagt Jesus. Dies sagt er übrigens ohne Aggression und Selbstmitleid. Seinen Geist und seine Seele sieht er nicht gehindert. Es ist einfach Realitätssinn: Angst ist natürlich.

Und wenn alle möglichen Therapeuten und Gurus dem einzelnen oder der Gesellschaft raten, sich zu verweigern, weil erst einmal Ängste beseitigt werden müßten, dann sind sie Verführer und dann ist das Hybris. Das empörte Wort Gottes nach dem großen Vertrauensbruch im Garten Eden redet zu uns von der Last des Lebens und der Feindschaft unter Menschen. Und Jesus also sagte: „In der Welt habt ihr Angst“ (Joh. 16, 33). Man weiß nicht einmal, ob es am Ende, was uns anbetrifft, gut ausgehen wird. Die mit dem Endgeschehen verbundenen Visionen der

Bibel sind bestürzend. Es wird wohl Fortschritte in der einen oder anderen Richtung geben; das gute Ende aber scheint ein unerwarteter Durchbruch durch Gottes Erbarmen zu sein.

Die Grundstimmung des Christen setzt sich zusammen aus einem enormen Realismus und einem enormen Gottvertrauen.

Also Jesus sagte: „In der Welt habt ihr Angst“. Er fügte freilich hinzu: „Seid getrost. Ich habe die Welt überwunden“. Damit weist er zuerst auf das Mysterium, das sich durch ihn selbst begibt. Wer kann es ausmessen? Aber immerhin wird angesichts des Weges Jesu zum Ausdruck gebracht, daß mit der Angst unser Verhältnis zum Leiden zur Sprache kommt. Offenbar wollte Pascal das andeuten, sozusagen unsere Selbstverwirklichung im Spiegel der Transzendenz. Da ist Jesu Wort vom Weizenkorn, das ersterben muß, sonst bringt es keine Frucht und sonst „bleibt es allein“ (Joh. 12, 24). „Wer sein Leben verliert, wird es finden“ (Matth. 10, 39). Und das ist ja wohl auch sonst eine Erfahrung: Opfergänge befreien. Es gibt ein Erstreben, das natürlich nicht ohne Angst erfahren wird; aber Gott segnet es. Neulich las ich bei Marie-Luise Rinser: „Ich werde wieder anfangen, mich selbst zu überwinden, damit das Gute leben kann“, und „Wunden beweisen sich als lebenslanger Schutz gegen die Banalität“.

Auf einen Punkt gebracht: Jesus meint Hingabefähigkeit, die Belastbarkeit der Liebe. Wie wäre die Liebe möglich, ohne daß man sich hergibt, ohne Leiden, und das heißt auch ohne Angst? Es gehört zu den Abgründen dieser Zeit, daß sie in Leiden nichts von Bedeutung mehr erkennen kann, nicht einmal in der Trauer, als gäbe es hier keine Furcht. Unsere Meinungsführer haben nur den Rat der Beschwichtigung oder der Rebellion. Sie gaukeln uns Harmonien

EAK-Bundestagung '82 — 21. bis 23. Mai in Mainz.
Die Einladung finden Sie in der Mitte dieses Heftes.

vor, und die Leute entwickeln daraus Ansprüche. So herrscht paradoxerweise bei immer mehr Verheißungen immer weniger Liebe.

Natürlich können wir einander nicht Leiden und Angst abfordern. Man legt niemandem ein Kreuz auf. Nein, „einer trage des anderen Last“. Man nimmt es aber selbst an. Und dann gilt: Angst ist hoffbar. Sie hat mit Reifung zu tun und mit den Wehen, die zu jeder Geburt gehören. Leiden sind schöpferische Herausforderungen. Sie machen übersehene Inhalte bewußt. Wir lernen, das Große von dem Kleinen, das Wesentliche vom Unwesentlichen zu scheiden. Wir wachsen. Kultur und Geistesgeschichte weisen das dreifach aus: Immer wieder geht es in den Ängsten um den Anruf, eine würdige, nicht resignative Antwort zu finden. Der Mensch läßt sich nicht fallen. Er soll Überwinder sein. Immer wieder geht es um das Verlangen nach Solidarität angesichts der sich ergebenden Schicksals- und Leidensgemeinschaft unter den Menschen. Es sind nicht die Satten und die unbedingt Selbstverwirklichten, die lieben. Und immer wieder sucht man unter der Last des Lebens nach dem Sinn der Dinge. Die großen Werke in Kunst und Geistesgeschichte sind wohl mehr aus den Leiden als aus der Sicherheit geboren. Und oft stehen erst im finsternen Tal die großen Hoffnungen auf, die dann die Weltgeschichte bewegen.

Also Angst ist hoffbar. Sie ist eine *conditio humana*. Gottes Kraft ist in den Schwachen mächtig.

Vielleicht muß ein Mißverständnis abgewehrt werden. Man könnte auf den Gedanken kommen, wir seien zu Inaktivität verurteilt, wir hätten die Welt so hinzunehmen, weil sie sowieso im argen liegt. Gemeint ist aber nicht Quietismus und auch nicht der Status quo. Jesus hat mit seinem Wort von der Angst die Christen nicht zur Passivität und nicht zu einer mühsamen skeptischen Grundeinstellung verleiten wollen. Christen haben eine zuversichtliche Grundstimmung. Durch die ganze Bibel zieht sich auch das Verlangen nach Bewegung und Veränderung und dies mit dem Ziel geistiger Neuorientierung. „Verändert euch durch Erneuerung eures Sinnes“, sagt Paulus. Und ich denke schon, daß die Erwartung eines neuen Sinnes, der aus den Feuern der Ängste aufstehen kann, eine unserer wahren Hoffnungen ist.

Ruf nach neuer Humanität

Nun können wir aber nicht umhin, von jenen Ängsten zu reden, die unserer Résistance bedürfen: von dem legitimen Unbehagen unserer Zivilisation. Ich vermute, daß der weltgeschichtliche Humanisierungsprozeß heute in eine neue Epoche einzutreten im Begriff ist. Bisher handelt es sich im weiten Sinne des Wortes um Sozialisierung und Partizipation. „Gerechtigkeit und keine Herrschaft“, lauteten die Parolen. Dafür standen die Ideale spätestens seit der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Dafür stehen heute unsere Grundwerte. Und darum ging es, und darum wird es auch in manchen Wehen der Geschichte weitergehen, zumal wenn wir an die Veränderungen in der Völkergemeinschaft in dieser Zeit denken.

Inzwischen aber sind mindestens zwei neue Aspekte von Humanität aufgetaucht. Die Natur er-

weist sich als nicht unbegrenzt verfügbar. Sie ist nicht einfach „untertan“. Sie will, wenn wir komplett mit der Bibel reden, bebaut und bewahrt werden. Ihre Weigerungen stellen sich in unseren Überlebenskrisen dar. Es ist ein tiefer Konflikt mit der Dynamik der wissenschaftlich-technokratischen Wachstumsvorstellung entstanden. Darum bedarf es nicht nur einer sozial entworfenen, sondern auch einer biologisch entworfenen Humanität. Es bedarf der Ordnungen, die nicht allein unter den Menschen, sondern zwischen der Natur und den Menschen ausgemacht werden müssen. Es bedarf eines neuen kategorischen Imperativs. „Bewirke nie etwas, was mit seinem Nutzen nicht im ganzen die Risiken, die es auf dieser Erde gibt, mindert“. Auch ist eine unermeßliche Kraft zum Bösen entstanden, so böse, daß vieles nicht mehr geheilt werden kann. Um es mit dem Schweizer Pfarrer Kurt Marti zu sagen: Wir jagten „z. B. Weltraumfähren ins All, um Waffen dahin transportieren zu können; aber wir konnten nicht eine einzige der vielen Schmetterlingsarten, die durch die chemischen Gifte bereits ausgerottet sind, wieder zum Leben erwecken . . . die zerrissenen Liebesbriefe Gottes.“

Die zweite neugestellte Aufgabe der Humanisierung betrifft das weitläufigere und kompliziertere Miteinander der Staaten und Völker. Die Veränderungen der Herrschaftsformen und die Zahl der mit der Dritten Welt gegebenen geschichtsbildenden Kräfte haben das Konfliktpotential enorm vermehrt. Dabei verbinden sich diese Konflikte mit dem absurden Wachstum der Vernichtungsmittel zu einer wahrlich apokalyptischen Vision. Die beiden führenden Großmächte wirken nicht ausgleichend, indem sie geschichtserfahren den historischen Prozeß anführen. Sie heizen die Situation an. Eine wirkliche Humanisierung der Geschichtsvorgänge in der Völkerwelt ist noch nicht in Sicht. Der mit den Vereinten Nationen gemachte Versuch ist marginal geblieben und wird spürbar schwächer. Das Ausbleiben der Humanisierung hier, wie immer man es nennen möge, sei es unter der Chiffre der Friedensbewegung oder der Entwicklungshilfe, ist eine der großen Ursachen der Ängste nicht zuletzt bei denjenigen, die morgen diese Welt zu verantworten haben.

Die ökologische Frage und die Friedensfrage, Schöpfung und Versöhnung, sind, soweit ich sehe, zunächst der Kern der Zielsprache für eine humanere Zukunft. Wer diese vernachlässigt, steigt aus der Geschichte aus. Man wird ihn als Politiker, mag er noch so demonstrativ seine Alltagsgeschäfte betreiben, abtun. Der Bedarf an Visionen hier ist groß. Und die Beobachtung von Entschlossenheit hier verschafft allein Vertrauen. Wer sich hier nicht mit den Sensibilitäten der jungen Generation identifiziert, verliert sie. Offenbar sind tatsächlich viele Politiker in dieser Hinsicht sprachlos. Der geistig seelisch-menschliche Generationenvertrag des Vertrauens, der zu jedem Gemeinwohl gehört, ist gefährdet.

Ich muß ein Wort als Kirchenmann hinzufügen. In der Sache: Ja, aber über den Weg dahin haben wir kein Wort Gottes. Das ist Aufgabe der Vernunft. Aber man muß warnen. Die Dimensionen der Lösung dieser weltgeschichtlichen Aufgaben verleiten dazu, sie zu verdrängen. Der senil gewordene Geist dieser Zeit

sagt immer wieder: Wissenschaft, Technik oder Wirtschaft werden es schon richten. Sie werden es nicht. Es geht um ein neues Ethos, das unsere davongelaufene gefährdete Zivilisation einholen muß und das nur aus religiösen Tiefen entstehen kann, weil es die Gewissen in neue heilsame Bindungen einschmelzen muß.

Aber damit sind wir bei einem weiteren Element der in unserer Realität begründeten Ängste. Das ist die unbehaute Freiheit. Die im Schwange befindliche Pluralismusvorstellung wurzelt in einem absolutistischen Freiheitsbegriff. Bekanntlich hat dieser Pluralismus nicht zu einer dynamischen Auseinandersetzung über die Grundlagen unseres Lebens geführt, zu einer Art Wettlauf um die moralischen bzw. geistig-seelischen Voraussetzungen unseres Gemeinwohls. Er hat vielmehr zum Indifferentismus geführt. Es ist fast alles beliebig bis auf das soziale Netz als Interessenkompromiß in der Weise demokratisch ausgehandelten Gleichgewichts. Dieser Indifferentismus ist auch die Grundlage des Emanzipationssyndroms. Es geht um beliebige Selbstverwirklichung. Unbekannt aber ist das Selbst, das sich verwirklichen soll. Auf diesem Hintergrund werden Ordnung, Konvention, Gebote als Herrschaft ausgelegt.

Die Bibel denkt strukturell völlig anders. Sie geht angesichts des Antagonismus von Freiheit und Bindung davon aus, daß Gott Gebote setzt, um mit dem Menschen einen Bund gegen das Chaos zu schließen. Heute wird dem Menschen angesichts der Ordnung Angst eingeredet, er sei nicht frei, und er käme nicht zu sich selbst. Der Bund Gottes im Sinne der Stiftung der Zehn Gebote ist der göttliche Antrag des Vertrauens. Hier ist das Verlässliche, das bewahrt und Zuversicht ermöglicht. Wir aber produzieren immer neue Ängste durch unseren mißverstandenen Freiheitsbegriff. Und unsere Gesellschaft ist müde, weil niemand weiß, woran er sich halten kann.

Was kann man tun? Ich denke, daß die Zielvorstellungen im großen ganzen klar sind, um die es heute gehen müßte. Aber den Geist und die Kraft dazu in Gang zu setzen, das ist schwer. Hier höre ich zuerst die alten Worte der Bibel, die da sagt: „Der Geist weht, wo und wann er will“. Und ich denke an die Gebete der Christenheit. Aber natürlich bleibt die Frage, ob man sich öffnet oder sich verschließt. Solange z. B. die Schule oder die Meinungsträger den Rückblick auf die Geschichte bzw. die Geistesgeschichte ausblenden oder nicht bereit sind, Humanität auch auf die innere Welt zu beziehen, sondern nur als soziales Kalkül zu sehen, werden wir nur schwer weiterkommen. Jetzt hat die Krisis der technokratischen Zivilisation mit einer analytisch zerquälten Seelenhaltung verbunden, dies bei einer unterentwickelten Moral, wegen eines mißverstandenen Freiheitsbegriffes in eine große Ratlosigkeit geführt. Wenn aber das stimmt, was wir von den Zielvorstellungen sagten, wenn wir also genügend Richtungssignale haben, die sich auch immer wieder mit den Grundvorstellungen der Bibel in Verbindung bringen lassen, dann habe ich doch eine Hoffnung, auch eine Hoffnung auf eine neue religiöse Sensibilität. Und ich möchte es aussprechen: Es ist Sünde, nicht zu hoffen.

Mysterium Hoffnung

Wenn man die Bibel richtig versteht, weist sie uns m. E. an etwas, was man eine gehorsame Hoffnung nennen könnte. Wenn Gott zu Abraham spricht: „Gehe aus deinem Vaterland und aus deiner Freundschaft in ein Land, das ich dir zeigen will“, dann wird ihm sein Gehorsam auf Hoffnung, wie es heißt, von Gott zur Gerechtigkeit angerechnet. Wer hofft, ist Gott recht. Gott will Leute, die hoffen. Israels Urfahrung, der Exodus aus der Knechtschaft in Ägypten, bedeutet den hoffnungsbereiten Marsch durch die Wüste. Propheten hadern mit dem Königtum, weil dies auf Sicherheit und nicht auf Hoffnung zu Gott eingestellt ist. Ohne solche Hoffnung ist der Siegeszug der Gemeinde Jesu in der ganzen damaligen Welt nicht begreifbar. Und Jesus hält Abschiedsreden, indem er sein gehorsames Sterben als Hingang zum Vater, also als Hoffnung interpretiert. Und seine Auferstehung wird zur Zentralerfahrung von Hoffnung, die sich bis ins Sterben bewährt.

Solches bedeutet freilich nicht, daß die Träger der Hoffnung nicht angefochten wären. Das Volk hadert und murt in der Wüste. Vor dem Hoffnungsträger schrie man zuerst hosianna und dann: Kreuzige ihn. Auf der Basis von Demoskopie läßt sich Hoffnung nicht ermitteln. Und Hoffnung ist schwer. Hoffnung geht oft den Weg im Unwegsamen. Hoffnungsträger bringen sich selbst dar.

Das abgründige unserer Zeit liegt auch darin, daß nicht einmal die schönen Opfer in Gestalt von Treue, Pflicht, Verzicht, Hingabe gerühmt werden dürfen, weil immerzu die Vermutung von Repression ausgestreut wird und nicht wenige zu feige sind, gegenzusteuern. Das Überpersönliche, das mit der Hoffnung gemeint ist, steht unter Verdacht. In der Überschwemmung mit Indifferentismus scheint ein Gespräch über Gott nicht opportun zu sein. Und was es sonst an Überpersönlichem gibt wie Vaterland oder Heimat, wird kariert.

Hoffnungsträger, wenn es erlaubt ist zu sagen, die leidenden Gottesknechte, die unsere Krankheit tragen, sind aber Könige der Humanität. Sie haben die Welt bewegt und Wenden herbeigeführt. Das zeigen

Aus dem Inhalt

Zwischen Angst und Hoffnung	1
Bischof D. Dr. Hans-Otto Wölber	
Aus unserer Arbeit	6/12
Wahlen in El Salvador	11
Ein Beitrag zum Thema Ethik und Politik	
Klaus Weigelt	
Politik aus christlicher Verantwortung	13
Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU	
Werner Dollinger	
Kurz notiert	15
Evangelischer Arbeitskreis im Aufwind	16
Norddeutsche Regionaltagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg	
Gustav Wiegand	

alle Urbilder der Bibel: Abraham, Moses und die Propheten und Jesus.

Hoffnung sagt also nicht: Es wird schon klappen; vielleicht haben wir Glück. Es ist nicht die beruhigende Wahrscheinlichkeitsrechnung: Es kommt immer wieder anders. Hoffnung heißt Aufbruch. Hoffnung ist metaphysische Geborgenheit. Man ist der Wirklichkeit durch Urvertrauen voraus. Das eben ist ein Mysterium wie das Leben selbst oder wie der Geist – eine unergründliche Vorgabe der Existenz.

Aber halten wir fest: Hoffnung bedeutet die Einsicht und den Mut, das Dringliche im Geschichtsprozeß zu wollen. Damit kann das konservative Element in der Struktur biblischen Denkens nicht als Bestandswahrung ausgelegt werden. Konservativ ist der Exodus, Veränderung in Wahrung des Grundes der Dinge. Es geht darum zu erfassen, welche Grundwerte welcher Wandlung bedürfen. Ich habe versucht, das anzudeuten mit der Programmatik der Zielsprachen.

Aber nun sagt die Bibel erstaunlicherweise: Für Hoffnung gibt es eine Basis; es ist ein Wunder in der Welt, nämlich: der Mensch. Er eigentlich ist das Hoffbare. Er selbst ist das Widerspiel zu einer Welt, die im argen liegt, und zu den Abgründen in seinem Herzen.

Da ist z. B. das Gleichnis vom verlorenen Sohn. Ich habe den Eindruck, man kann es nicht nur als Geschichte eines Individuums erzählen. Es ist die Geschichte der Menschheit schlechthin. Sie hat ein Vaterhaus, aber wir emanzipierten uns. Wir wollten mündig sein. Von den Gütern des Hauses verlangten wir unseren Teil. Wir zogen über Land und genossen alles. Und die Vorräte, die wir aus dem Vaterhaus hatten, betrachteten wir als unsere Beute. Solange es reichte, hatten wir Freunde. Es war schon ein spektakuläres Fest. Alles ließ sich befriedigen. Was man machen konnte, machten wir. Doch am Ende zerrann alles unter unseren Händen. Man weiß gar nicht einmal wie. Und um uns ist eine unerklärliche Trauer.

Als der Verlorene seinen Tiefpunkt erreicht, schlägt er, wie die Bibel sagt, in sich. Er kehrt um. Von solcher Hoffnung ist die ganze Bibel erfüllt: Kommt her, kehrt um, so lautet es immer wieder. Der Mensch wird tatsächlich angesprochen als das Hoffbare. Gesellschaftliche Veränderungen müssen zwar den geschichtlichen Umständen entsprechend immer wieder erwogen und bewirkt werden. Aber spielen die Leute, die ihren Sinn nicht geändert haben, nicht mit, versuchen sie immer wieder, ihr Schäfchen ins trockene zu bringen, so bleibt die Welt kaputt. Es geht schon um die Qualität des Bürgers. Es ist also die menschliche Person, die die Kehre machen muß.

Freilich geht das nicht mit Gewalt, und es geht auch nicht mit Administrieren. Immer wieder muß man versuchen, die Situation dahingehend aufzulösen, daß der Mensch zur Einsicht gebracht wird. Der verlorene Sohn erinnerte sich doch seines Vaterhauses. Und wir alle miteinander müssen wohl immer wieder versuchen, so etwas wie ein Vaterhaus zu sein. Man nennt das: Vertrauen stiften oder Vertrauensarbeit.

Übrigens stellt sich der hoffbare Mensch unserer Geschichte auf doppelte Weise dar. Zum einen geht

es um seine Vernunft. Der verlorene Sohn sprach: „Wieviel Tagelöhner hat mein Vater, die Brot die die Fülle haben, und ich verderbe im Hunger. Ich will mich aufmachen.“ Er erkennt die Aporie des Irrweges und argumentiert vernünftig: Man muß umkehren. Es ist einfach besser, das Leben nicht weidlich auszunutzen, nicht alles mitzunehmen, was man haben kann, und nicht sich immerzu selbst zum Nabel der Weltgeschichte zu machen. Bescheidenheit, Demut, nobles Sich-Zurücknehmen, sind viel klüger.

Im übrigen sollte man dem Politiker auch raten, damit zu rechnen, daß die Leute letztlich und im ganzen vernünftig sein wollen. Wir müssen unseren Mitmenschen eine gewisse Lernbereitschaft und Lernfähigkeit zubilligen. Die Gladiatorenkämpfe bei Wahlen, wo der Hieb wichtiger ist als das Argument, ziehen nicht.

Und dann ist da noch eins: Man soll den Leuten nicht nur Vernunft, sondern auch den guten Willen empfehlen. Warum eigentlich ziehen in der Geschichte vom Barmherzigen Samariter der kultbeflissene Priester und Levit an dem, der da unter die Räuber fiel, vorüber? Warum hilft der Samariter? Weil er ein Mensch guten Willens mit einer anständigen Gesinnung und einem redlichen Charakter war. Das rühmen wir. Wir sind keine Zyniker. Solche Klänge würde die Bibel nicht kennen. Es ist immer wieder wunderbar, daß es Leute voller Großmut und Gunst ganz unaufwendig in ihrer Nächstenschaft gibt. Man spreche alle daraufhin an und umhülle nicht alles mit dem Dunkel der Skepsis. Der Mensch ist nicht nur hoffbar, er braucht eine Hoffnung. Und Politiker zu sein, das hat eine religiöse Einfärbung und so etwas wie einen seelsorgerlichen Anstrich.

Wenn ich sage: Gebt den Leuten eine Hoffnung, und wenn ihr noch keinen Inhalt seht, so jedenfalls die Hoffnung selbst, so könnte man mir entgegenhalten, ich empfehle Illusionen. Aber in all ihren archetypischen Bezügen geht die Bibel entschieden davon aus, daß Hoffnung schlechthin begründet ist. Da sind z. B. Josef und seine Brüder. Diese hatten ihn, den Gernegroß, in eine Grube geworfen und an die Ägypter verkauft und seine mit Blut getränkten Kleider dem jammernden Vater gebracht. Nach Jahr und Tag kommt eine Hungersnot. Josef ist in Ägypten zu Amt und Würden gekommen. Kleinmütig erscheinen seine Brüder, um um Hilfe zu bitten. Was wird Josef tun? Josef ist großmütig und wie die Bibel sagt, nicht wegen der Gutmütigkeit seines Wesens, sondern aus Erfahrung. Es heißt nämlich: Josef sprach zu ihnen: „Fürchtet euch nicht, denn ich bin unter Gott. Ihr gedachtet es böse mit mir zu machen; Gott aber gedachte es gut zu machen.“ Offenbar geschieht also sehr viel auf dieser Welt confusionem hominum providentia Dei. Das ist auch eine Hoffnung.

Gott hat seine eigenen Wege. Er handelt nicht selten, wie Luther anlässlich der letzten Mysterien sagt, sub contrario: Er handelt verummmt. Die Urerfahrung lautet: Jesus, den man kreuzigte, hat sich wie kein anderer für die Menschheit gelohnt.

In ausschließlich rationaler Perspektive ist da so etwas wie ein „Plausibilitätsloch“. Man konnte ein-

fach nicht damit rechnen, was sich begibt. Und irgendwie ist, wenn auch schwer zu durchschauen, da ein Herr der Geschichte. Das ist auch eine Hoffnung. Welche Plausibilitätslöcher habe ich in meiner Lebensspanne erfahren: Von einem Kaiserreich mit einer etablierten bürgerlichen Welt und einem Weltkrieg zu einer krisenhaften Weimarer Demokratie, und von dort zu einem sogenannten Tausendjährigen Reich, eine politisch und menschliche Katastrophe von ungeheurem Ausmaß, Gaskammern und Untergang dessen, was ich für mein Vaterland hielt. Dann zu einem ganz unerwarteten plötzlichen Aufbruch, damit verbunden Fortschrittsglaube und Konsumglück und den Ausbau eines sozialen Netzes, bis es in dieser ganzen Situation, zunächst überhaupt nicht kalkulierbar eine Kulturrevolution gab. Alle Autoritäten waren erschüttert. Mit dem Stichwort Emanzipation lösten sich alle Konventionen auf. Aber selbst hier geht nun die Selbstherrlichkeit zu Ende. Alles gerät ins Schwimmen. Es ist atemberaubend. Immer wieder ging es um Angst und Hoffnung. Immer vermochte man es nicht schlüssig zu berechnen, was da geschah. Aber tatsächlich war wieder Innovation – so oder so. Wir werden nicht auf der Stelle treten, „es“ wird mit uns nicht auf der Stelle treten.

Oft kommt die Innovation, wie Jakob Burckhardt sagt, als hieros gamos, als eine heilige Verbindung, die das wahre Mysterium der Weltgeschichte ist. Denn immer einmal wieder begibt es sich, daß Charakter und Charisma auf der einen Seite und die historischen Umstände auf der anderen Seite eine großartige Verschmelzung eingehen. Das sind dann Sternstunden, wobei es, um es noch einmal zu sagen, auch Dunkelsterne gibt – die Löcher im All, die Abgründe. Woher kommt es und wohin geht es, daß Personen die Geschichte machen? Wie sehr sind wir Angewiesene.

Lassen Sie mich schließen. Natürlich hat der Theologe bei der Vorstellung von den großen Individuen Jesus und seinen Weg vor Augen. Man kann sich seinen Ausgang nicht katastrophaler denken. Doch erstaunlicherweise stehen wir zweitausend Jahre später hier mit unseren Motiven und Aspekten in seiner Wirkungsgeschichte. Wir haben von ihm die Vision eines gerechten, friedlichen und freien Lebens und eine Ermutigung. Und wenn unser Dilemma auch groß ist, lassen Sie uns auf Josef rechnen: „Fürchtet euch nicht, denn ich bin unter Gott. Ihr gedachtet es böse mit mir zu machen; Gott aber gedachte es gut zu machen.“ So denkt man einfach!

5. Juni 1982 in Bonn: Demonstration für Frieden in Freiheit

Liebe Freunde,

der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 8. März 1982 einstimmig beschlossen, am Samstag, dem 5. Juni 1982, in Bonn eine Großdemonstration zu veranstalten.

Wir wollen am 5. Juni gemeinsam mit unseren Freunden, mit unseren Familien, mit Frauen und Kindern in Bonn zusammenkommen und für den Frieden in Freiheit demonstrieren: Für das Bündnis, die Gemeinschaft und die Werte der westlichen Welt.

Wir erleben seit Jahren, wie die Maßstäbe und Grundlagen unserer Innen- und Außenpolitik kontinuierlich verschoben und ausgehöhlt werden. So ist es dahin gekommen, daß viele die Aufrüstung und die expansive Politik der Sowjetunion verharmlosen. Immer häufiger werden unsere Freunde, vor allem die Vereinigten Staaten, denen wir seit über dreißig Jahren den Frieden in Freiheit verdanken, auf die Anklagebank gesetzt.

Die Erkenntnis ging weithin verloren und der Wille ist vielfach geschwächt, daß wir für die Freiheit, die wir lieben, und für den Frieden,

den wir wollen, auch Opfer und Engagement aufbringen müssen.

Die Demonstration am 5. Juni wird ein Signal dafür sein, daß die überwältigende Mehrheit der Deutschen sich für unsere Bundesrepublik Deutschland, für unseren freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat sowie für den Frieden in Freiheit, bei uns und in der Welt, einsetzt.

Um den 5. Juni zu einer machtvollen Demonstration unserer Partei werden zu lassen, bitte ich Sie auf diesem Wege um Ihre persönliche Unterstützung. Ich erwarte Sie und Ihre Familie am 5. Juni in Bonn und bitte Sie, auch bei Ihren Freunden und Bekannten persönlich für die Teilnahme zu werben und sich voll und ganz hinter diese Aktion zu stellen.

Wir werden es nicht einer Minderheit überlassen, mit ihren Aktivitäten das Bild Deutschlands nach innen und außen zu bestimmen. Wir Christlichen Demokraten müssen als die stärkste politische Kraft unseres Landes der Welt das wirkliche Bild von Deutschland vermitteln.

Für Ihre Mithilfe darf ich Ihnen schon jetzt sehr herzlich danken.

Ihr Helmut Kohl

Informationen über die Demonstration und über Möglichkeiten, Sonderzüge der Deutschen Bundesbahn zu benutzen, erhalten Sie ab 20. April 1982 unter der Telefonnummer (02 28) 54 45 28.

Aus unserer Arbeit

Protestanten wollen mehr Einfluß in der CSU Landestagung des EAK der CSU

Bayreuth: Trotz eigener kritischer Anregungen hat der Evangelische Arbeitskreis der CSU (EAK) in Bayern die evangelische Kirche gegen den Vorwurf der politischen Verworfenheit und Indifferenz verteidigt. Vor der Landesversammlung des EAK in Bayreuth sagte der mit großer Mehrheit wiedergewählte Landesvorsitzende, der frühere Bundesminister Werner Dollinger, der Protestantismus könne von seiner Theologie und auch von seiner Organisationsform her niemals mit der gleichen Geschlossenheit auftreten wie die katholische Kirche. „Ein Hirtenbrief, wie er von den katholischen Bischöfen zur letzten Bundestagswahl herausgegeben wurde, wäre nach evangelischem Verständnis unmöglich.“ Beklagt wurde von Dollinger, daß kleine kirchliche Minderheiten öffentlich weit mehr Resonanz hätten als herrschende Meinungen. Extreme Positionen würden daher immer wieder als charakteristisch für die Gesamtkirche angesehen.

Die Frage, ob der Evangelische Arbeitskreis in den Unionsparteien heute noch notwendig sei, wurde von Dollinger bejaht. Auch wenn sich die evangelischen Christen in weiten Bereichen der Union gut repräsentiert fühlten, gebe es auch Anlaß zur Sorge. So sei in einem bestimmten bayerischen Regierungsbezirk weder in den Stimmkreisen noch auf den Listen ein evangelisches CSU-Mitglied als Landtagskandidat zu finden. Eine solche Einseitigkeit könne gefährlich werden für die Entwicklung der Union. „Die Berücksichtigung von Minderheiten ist in der Demokratie eine Pflicht.“ Die einseitige Zusammensetzung einer Kandidatenliste könne freilich nicht der Parteispitze angelastet werden, weil ihr Einfluß auf die Entscheidung der Delegierten „gleich null“ sei.

Mit dem Thema „Verantwortete Freiheit – Sicherung der Zukunft“ setzte der EAK in Bayreuth die Grundsatzdiskussion früherer Tagungen fort. Als Vertreter der Wissenschaft votierte der Vizepräsident der Bayreuther Universität, Hans-Ludwig Krauss, für eine neue Ordnung der Verantwortung mit begrenzten Freiräumen, um eine ungezügelte Freiheit mit chaotischen Zügen zu verhindern. Die Forderung nach einer „Gegenreform“ wurde von Siemens-Direktor Helmut Troger als Vertreter der Wirtschaft erhoben. Selbst-

ernannte „Experten“ dürften nicht länger in die komplizierten Mechanismen der Wirtschaft hineinreden. „Wir stehen vor der Diktatur des einzelnen“.

Nach Überzeugung von Generalleutnant a. D. Lothar Domröse ist die Freiheit militärisch nur durch die „überwältigende Androhung totaler oder weitreichender Zerstörung gesichert“. „Für eine argumentative Begleitung“ der Friedensbewegung plädierte Helmut Bauer, Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten. Die weltpolitische Problematik eigne sich wenig für herkömmliche Polemik und primitive parteipolitische Machart. Als Vertreter der Theologie sagte Senator Karl Leipziger, Landespfarrer des Diakonischen Werkes: „Weh uns, wenn wir alles tun, was wir können“. Schon in den ersten Kapiteln der Bibel seien die Grenzen menschlicher Freiheit aufgezeigt.

Bei der Neuwahl der Vorstandschaft wurde Dollinger von den Delegierten ohne Gegenstimme als Vorsitzender bestätigt. Auch seine beiden Stellvertreter, der Nürnberger Bundestagsabgeordnete Peter Höffges und der langjährige CSU-Schatzmeister Werner Müller, wurden mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Leben ist Aufgabe und Hingabe Gemeinsame Veranstaltung des EAK Oldenburg und der Frauen-Union

Oldenburg: „Ein Weg ist da, wo ich ihn bahne“. Damit endete der Vortrag von Prof. Dr. Hans-Georg Jaedicke, Hahnenklee, vor der Frauenvereinigung und dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU über das Thema „Der Konflikt der Generationen“ im Saal der ‚Hermann-Ehlers-Stiftung‘, getragen von Humor, Sprachbildern und Denkanregungen aus menschenkundlicher Sicht. Begriffe und Sprache nahm er als Ausdruck der Selbstdarstellung fast unbemerkter Vorgänge in kleinen Schritten: Amt, Rolle, Mutter-Kult und kollektiver Vater-Haß zeigen, daß sich heute Fortsetzungskonflikte vollziehen, wenn auch akzentuierter und brutaler als bisher. Das ‚Gesetz des Lebens‘ ist heute mit der Industrialisierung in Konflikt geraten. Beide Generationen litten an der Kränkung ihrer Eigenliebe und in ihrem Dialog-Versuch an der unbewußten Unwahrheit ihrer Sprache. Das Leitbild des ‚Vaters‘ werde nicht mehr gewagt, dafür die Ansprüche der Kinder durch Wunscherfüllung abgekauft. So bliebe die Jugend auf ihrem Wege in eine un-

sichere Zukunft ohne Stütze, weil es an Glaubwürdigkeit und Vorbild mangle und Wortflut in der Erziehung das Gegenteil bewirke.“ Eltern müssen wieder lernen, zuzuhören und zu wachen und Mut zu geistiger Verjüngung aufzubringen. Immer noch ist Sein mehr als Haben.“ Die Zuhörer nahmen die vielfältigen Erfahrungen aus tiefer Sorge und persönlichem Bekenntnis betroffen und nachdenklich auf, wie das anschließende Gespräch deutlich zeigte.

Evangelischer Arbeitskreis der CDU besucht Vorwerk

Lübeck: Mitglieder des Lübecker Evangelischen Arbeitskreises der CDU informierten sich im Kinder- und Pflegeheim Vorwerk über die geplanten und die bereits abgeschlossenen oder vor der Fertigstellung stehenden Modernisierungsmaßnahmen.

Der vor einigen Monaten fertiggestellte Frühkindliche Bereich mit seinen für heutige Verhältnisse optimalen Wohnmöglichkeiten für die Heimbewohner wurde ebenso vorgestellt wie Pflegebereiche, in denen Schwerbehinderte z. Zt. noch in großer Enge leben müssen.

Im Anschluß an den Rundgang fand ein Gespräch mit Mitgliedern der Heimleitungskonferenz statt.

Pastor Karl-Otto Paulsen, Direktor des Heimes Vorwerk, stellte die geplante zukünftige Gestaltung des Heimes vor.

Es wird voraussichtlich noch in diesem Jahr mit dem Bau eines neuen Pflegebereiches begonnen. 72 Behinderte sollen dort in sechs Wohngruppen ein neues Zuhause finden.

Die älteren Wohnhäuser sollen im Anschluß daran innen saniert werden, so daß dort ein familienähnliches Wohnen in Gruppen zu ca. zwölf Personen ermöglicht wird.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises, Architekt Eberhard Zell, brachte zum Ausdruck, daß mit den vorgestellten Planungen des Heimes die dringend notwendigen Verbesserungen erreicht werden können.

Im Gespräch wurde auch deutlich, daß die Lübecker Bevölkerung sich mit vielen Spenden in erfreulicher Weise an der Arbeit im Heim Vorwerk beteiligt. Da aber mit den Spenden auch zu einem erheblichen Teil zu den Baukosten beigetragen werden muß, braucht Vorwerk dringend diese Hilfe.

Weiterhin wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, fachlich qualifizierte Mitarbeiter für die pflegerischen und pädagogischen Tätigkeiten im Heim zu finden.

Wahlen in El Salvador

Ein Beitrag zum Thema Ethik und Politik

Klaus Weigelt

Der Autor war lange Jahre Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. in Venezuela. In dieser Eigenschaft lernte er alle lateinamerikanischen Länder persönlich kennen und ist mit den inneren Verhältnissen dieser Länder aufs engste vertraut.

Zusammen mit anderen Vertretern der CDU befand er sich zur Wahlbeobachtung in El Salvador. Er schreibt den folgenden Beitrag noch unter dem nachhaltigen und frischen Eindruck, den dieses Wahlgesehehen auf ihn machte und gleichzeitig in tiefer Betroffenheit über die Berichterstattung, die dieses Land in unseren Medien findet.

Es ist außerordentlich aufschlußreich, die akrobatischen Verrenkungen zu beobachten, die seit den Wahlen vom 28. März 1982 in El Salvador eine große Anzahl von Kommentatoren unternimmt, um nicht in den abträglichen Geruch jahrelanger wahrheitsverfälschender Berichterstattung zu geraten. Es kostet Mühe, sich auf die neue Situation einzustellen. Dabei fehlt es aber auch nicht an solchen, die triumphierend das eine oder andere Haar in der Suppe finden und sich in gewohnt-gekonnter Dialektik über alle Tatsachen hinwegsetzen und – wenn auch unter veränderten Bedingungen – an der Immunisierung der eigenen Theorie der Verhältnisse in El Salvador weiterarbeiten.

Nach dieser Theorie unterdrückt eine „völkermordende Regierungsjunta“ unter Führung des „Diktators“ Napoleon Duarte seit Jahren das salvadorianische Volk, das sich gegen diese „menschenverachtende Ausbeutung“ in Waffen erhoben hat, um sich zu befreien. Die von der Regierung anberaumten Wahlen seien eine „Farce“, allenfalls „Scheinwahlen“ und dienen lediglich dazu, die Herrschenden in ihrer „angemaßten Machtausübung“ zu legitimieren. Die freie Stimme des Volkes sei einzig und allein die „Befreiungsfront FMLN“ und die „Demokratisch-revolutionäre Front FDR“ als ihr politischer Arm.

Diese Theorie wurde jahrelang mit einem ungeheuren Propagandaaufwand verbreitet, wobei man sich von interessierter Seite insbesondere der zahlreichen Blutopfer und Menschenrechtsverletzungen bediente, die zur Rechtfertigung dieser Theorie einseitig der Regierung in El Salvador zur Last gelegt wurden. Mitgewirkt haben in dieser weltweiten Aktion zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung auch Sozialisten und Christen, die als selbsternannte Vertreter und Sprecher des Volkes von El Salvador bei zahllosen Anlässen auftauchten und das Opfer erschütterter Menschen – Gebete, Demonstrationen, Geld – einkassierten und auf ihre politischen Ziele lenkten.

Das salvadorianische Volk hat am 28. März diesen selbsternannten Anwälten eine klare Absage erteilt. Es hat damit vor aller Welt jede internationale Einmischung abgelehnt und auch die moralisch motivierten Interventionen als Irrtum, wenn nicht gar Schlimmeres bloßgestellt. Zugleich hat es in beeindruckender Weise sein Schicksal in die eigene Hand genommen: Die Wahlen waren ein unübersehbares Zeugnis eines ganzen Volkes für den Frieden und gegen jede Form von Gewalt. In dem Zusammenhang sind folgende Hinweise notwendig:

– Das Militär hatte seit der Absetzung des Generals Romero am 15. Oktober 1979 immer wieder seinen Willen erneuert und bekräftigt, das salvadorianische Volk auf seinem Weg in die Demokratie zu unterstützen. Es versprach den militärischen Schutz des Wahlprozesses bei gleichzeitiger politischer Enthaltung. Das Militär hat Wort gehalten. Die Wahlen vom 28. März sind ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß es auf dem Wege zu einer demokratischen Institution Fortschritte gemacht hat.

– Die Christdemokraten – seit Anfang 1980 an der Regierung beteiligt – haben immer eine politische Lösung der Probleme in El

Salvador über die Durchführung von Reformen und freien Wahlen angestrebt. Nach dem Beginn der Reformpolitik im März 1980 wurden seit dem 15. Oktober 1980 mehrfach Amnestien verkündigt und freie Wahlen versprochen und vorbereitet. Auch die Christdemokraten haben Wort gehalten. Ohne den eisernen Willen Napoleon Duartes hätte es einen 28. März 1982 in dieser Form nicht gegeben. Das ist ein großartiger politischer Erfolg. Es geht deswegen völlig an den politischen Vorstellungen der Christdemokraten vorbei, wenn jetzt im Nachhinein das Wahlergebnis zum Kriterium genommen wird, um Zweifel am Demokratiewillen der Christdemokraten aufkommen zu lassen, weil möglicherweise das Ergebnis nicht ganz den Erwartungen entspricht.

– Das Volk sah, was in El Salvador vorsichtig. Die Weltöffentlichkeit sah, was die veröffentlichte Meinung ihr vorlog. Das Volk sah die Reformpolitik der Regierung, es sah ihren Willen zur demokratischen Öffnung und zur Befriedung des Landes. Es akzeptierte die Wahlen als den einzigen gangbaren Weg in eine friedliche Zukunft, und es lehnte den Aufruf zum Wahlboykott von seiten der Guerilla ab. Das Volk vertraute dem Militär und den Christdemokraten und beteiligte sich derart massenhaft an den Wahlen, daß alle Erwartungen übertroffen wurden. Auch Drohungen der linken Terroristen wurden mißachtet, und selbst direkte Eingriffe mit Waffengewalt konnten das Volk nicht daran hindern, von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen.

Der große Sieger des 28. März ist also das salvadorianische Volk. Das war seine historische Stunde. In bewundernswerter Eindeutigkeit hat es sich gegen Terror und Gewalt, für Frieden und Demokratie ausgesprochen. Angesichts der äußeren und inneren Umstände

muß das als ein Zeichen politischer Reife gewertet werden. Diese findet ihren Ausdruck auch im Wahlergebnis.

Dieses Ergebnis kann eigentlich nur denjenigen Kopfzerbrechen bereiten, die den jahrelangen Fehlinformationen aufgesessen waren. Danach gab es rechts die Regierung und links das Volk. Jetzt sieht man die Situation klarer. Im Parteienspektrum fehlt nur die äußerste Linke. Sie hatte sich selbst ausgeschlossen, was sich nachteilig auch auf die möglichen Koalitionen in der verfassungsgebenden Versammlung auswirken wird. Denn eine linke Partei hätte vielleicht zwischen 10 und 15 Prozent der Stimmen bekommen können, vor allem, wenn durch ihren Eintritt in den Wahlkampf ein spürbares Nachlassen des linken Terrors erfolgt wäre, wie auch die Gründung der rechtsradikalen Partei „Arena“ Mitte 1981 mit einem deutlichen Nachlassen rechter Terroraktivitäten verbunden war.

Jetzt deckt die christlich-demokratische Partei das Mitte-Links-

Spektrum ab – entgegen der bisher erfolgten Desinformation –; das Mitte-Rechts-Spektrum bilden die Demokratische Aktion und die Nationale Versöhnungspartei, während ganz rechts die Arena anzusiedeln ist. Es gibt also durchaus Koalitionsmöglichkeiten ohne Einschluß der Arena. Während der kommenden Wochen wird sich zeigen, wie die Parteien und ihre gewählten Vertreter ihrer neuen Verantwortung gerecht werden. Denn: Was sich jetzt abspielt, ist auch neu! Verhandlungen zwischen Parteien nach freien und geheimen Wahlen hat es in El Salvador noch nie gegeben. Auch hier ist ein Lernprozeß notwendig, der Geduld erfordert.

Auch auf Seiten der Verlierer ist ein Lernprozeß notwendig, also bei der marxistisch-leninistischen Guerilla und ihrer politischen Führung, einschließlich der Sozialistischen Internationale, sowie bei allen denjenigen, die die internationale Meinungsbildung beeinflussen. Dazu gehören auch alle diejenigen, die sich möglicherweise guten Willens

falschen Propheten ausgeliefert und so mit Wort und Tat gegen das salvadorianische Volk gearbeitet haben, in krasser Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes eines Volkes. Das „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt“ gehört zu den Organen, die ihre Leserschaft jahrelang wahrheitswidrig informiert haben. Noch unter dem Datum des 28. März 1982 „unterrichtete“ dieses Blatt seine Leser unter der Überschrift „Die Wahlen sind eine Farce“. Die Wende nach den Wahlen wird – wenn auch widerwillig – vollzogen: Ein mißmutiger Artikel „Duartes bitterer Sieg“ räsoniert über angeblich „vertiefte Widersprüche“ nach der Wahl, ringt sich dann aber doch noch zu der Einsicht durch, daß die Wahlen „letztlich auf ein Plebiszit gegen die Insurgenten“ hinauslaufen. Für so viel Ehrlichkeit darf man dankbar sein. Aber das kann nur ein Anfang sein, wenn es darum geht, die Schuld abzutragen, die man mit einer erdrückenden Desinformationskampagne gegen das salvadorianische Volk auf sich geladen hat.

Aus unserer Arbeit

Politik und christlicher Glaube Prof. Herzog referierte beim EAK Bietigheim

Bietigheim-Bissingen: Obwohl sich der EAK Bietigheim-Bissingen erst vor kurzem konstituiert hatte, konnte der Vorsitzende, Uwe Wienholz, bereits mit einer großen Veranstaltung an die Öffentlichkeit treten. Referent der ersten Veranstaltung, die im Rahmen der „Bietigheim-Bissingener Gespräche“ fortgesetzt werden soll, war der Bundesvorsitzende des EAK, Prof. Dr. Roman Herzog.

Es sei oft schwierig, christliche Meinung und politische Verantwortung in Einklang zu bringen, meinte Herzog. Um zu einem Einklang zu kommen, gebe es keine Patentrezepte. Das könne ein evangelischer Christ sehr viel eher begreifen als der katholische, weil der katholische eher bereit sei, in Normen zu denken, die irgendwoher gesetzt würden, während der evangelische Christ darauf gedrillt sei, die Gewissensentscheidung des einzelnen in den Mittelpunkt zu stellen. Der Referent:

„Ich habe auch in Zeiten heftigster innerkirchlicher Auseinandersetzung von der Kirche nie verlangt, daß sie überhaupt keine Stellungnahme zu politischen Fragen abgibt – daran wird sich auch in Zukunft nichts ändern, wenn gleich ich mich oft über kirchliche Stellungnahmen geärgert habe.“

Professor Dr. Roman Herzog warnte vor banalen Pauschalierungen und nannte danach eine Reihe von Voraussetzungen, die es vor kirchlichen Äußerungen zu beachten gelte, die jedoch die EKD in den letzten Jahren nicht immer beachtet habe.

„Die erste ist die einer absoluten Sachbezogenheit. Die Kirche muß sich, wenn sie sich zu einem politischen oder gesellschaftlichen Sachverhalt äußern will, zunächst einmal über das, was in der Wirklichkeit besteht, die bestmöglichen Informationen verschaffen. Man kann nicht über energie-, außen- und wirtschaftspolitische Fragen oder zum Frieden und zur Abrüstungsproblematik und dergleichen Weissagungen abgeben, ohne voll den Sachverhalt und die Meinungen darüber zu besitzen. Ich meine, daß die Äußerungen des Rates

der EKD in dieser Frage ziemlich sauber gewesen sind. Das möchte ich nicht bei Äußerungen jeder Landeskirche und auch nicht bei Synodalbeschlüssen behaupten.

Es muß sich um einen Sachverhalt handeln, bei dem die Diskussion in der Öffentlichkeit nicht richtig läuft. Wenn ein ganzes Volk nur noch dem materiellen Wohlstand nachläuft, dann hat die Kirche sehr wohl etwas zu sagen; nämlich, daß Wohlstand nicht das letzte im menschlichen Leben sein kann.

Wenn die außenpolitische Diskussion so schief liegt, wie Anfang der 60er Jahre bei der Ostpolitik, dann kann es die Aufgabe der kirchlichen Äußerungen sein, neue Gesichtspunkte und Denkansätze zu liefern, die andere nicht aussprechen.

Bezüglich der Rolle des christlichen Glaubens in der Politik ist für mich das wichtigste, das sich aus dem christlichen Glauben ergibt, das Wissen um die Vorläufigkeit, um die Fehlsamkeit des Menschen. Daraus ergibt sich eine Reihe von Konsequenzen; zum Beispiel die Notwendigkeit, eine Staatsform zu

finden, in der die Fehler möglichst minimiert werden — das ist für mich eine gewaltenteilende, freiheitliche Demokratie, in der es die Möglichkeit gibt, zu korrigieren.“ Soweit der Minister.

Der EAK-Bundesvorsitzende befaßte sich schließlich auch intensiv mit der vielzitierten Bergpredigt und unterstrich hier, daß Ehrlichkeit und mehr Seriosität im Umgang mit der Heiligen Schrift einkehren müßten: „Wenn Bergpredigt, dann aber von vorn bis hinten. Nicht eine Sache herausnehmen und zum Beispiel auf die Verteidigungspolitik verwenden, aber zum Beispiel die Verwerflichkeit der Ehescheidung nicht zur Kenntnis nehmen.“ Er habe sich immer dagegen gewehrt, wenn aus theologischen Begriffen politische Kampfparolen gemacht würden, erklärte der Minister, der dann auch auf Polen zu sprechen kam und hier im Durchhaltevermögen der Deutschen („Für die Aussöhnung der Völker ist es jetzt wichtig, sich lange und in großer Zahl für die einzusetzen, die da drüben hungern, frieren und eingesperrt sind“) eine Probe aufs Exempel sah.

Gründung des EAK im Landkreis Rotenburg/Wümme

Zeven: Am 2. Dezember 1981 wurde im Hotel Paulsen in Zeven der Evangelische Arbeitskreis des CDU-Kreisverbandes Rotenburg/Wümme gegründet. Der Landtagsabgeordnete Wilhelm Brunkhorst (Sittensen) konnte neben Landrat Graf von Bothmer auch den CDU-Kreisvorsitzenden Humbert Settler, den Vorsitzenden der CDU-Kreistagsfraktion Detlev Hesse, Pastor Norbert Hintz sowie eine große Zahl von Zuhörern begrüßen.

Auslösendes Moment für die Gründung — so Brunkhorst — war ein vorausgegangenes Gespräch der CDU-Kreistagsfraktion mit dem EAK-Bundesgeschäftsführer Wilhelm Staudacher aus Bonn.

In seinem Grundsatzreferat zum Thema „Kirche und Politik“ sagte Pastor Hintz, daß Himmel und Erde keine letzten Werte sind. Die allerletzte Bindung liege für uns in Christus. Daraus

müsse man Folgerungen für die Politik zeigen. So bleibe die Politik vorläufige Arbeit am Gemeinwesen. Aber diese Arbeit orientiere sich an Gottes Geboten und der Nächsten- und Feindesliebe. Der Gottvergessenheit folge immer die Selbstherrlichkeit des Menschen, was zur Folge haben könne, daß Politik zur Religion werde.

Nach einer angeregten Diskussion wurde der Gründungsakt vollzogen und der Vorstand gewählt. Das Amt des Vorsitzenden des EAK im CDU-Kreisverband Rotenburg/Wümme übernahm Oberstudienrat Albert Rathjen (Bremerförde). Er umriß die Aufgaben des Arbeitskreises für das folgende Jahr und betonte, daß man die ethischen und moralischen Grundlagen der Politik überdenken bzw. neu erarbeiten wolle. Gerade bei der Jugend werde heute sehr oft nach der ethischen Begründung politischen Handelns gefragt. Hier sei der EAK herausgefordert. Dabei will sich der Arbeitskreis von den neustamentlichen Kernaussagen in seiner Arbeit leiten lassen.

Politik aus christlicher Verantwortung

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU

Werner Dollinger

In den „Nachrichten“ der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern veröffentlichte der stellvertretende EAK-Bundesvorsitzende Dr. Werner Dollinger, MdB, einen Beitrag zum Selbstverständnis des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU.

Im Protestantismus in Deutschland entstand nach dem Zusammenbruch der Monarchie, nach dem Ersten Weltkrieg, im politischen Bereich eine neue Lage. Eine gemeinsame parteipolitische Orientierung bewußt evangelischer Bevölkerungsteile war kaum vorhanden. Mit dem Stichwort „Thron und Altar“ wurden die besonderen Beziehungen der protestantischen Kirche zur Monarchie und zum Staat beschrieben.

Ganz anders die Situation beim katholischen Bevölkerungsbereich. Aus dem Kulturkampf heraus hatte das Zentrum (und die Bayerische Volkspartei) eine politische Gruppierung entwickelt, die bewußten Katholiken die Möglichkeit gab,

sich in einer konfessionell geprägten Partei zu betätigen. Zentrum und Bayerische Volkspartei spielten in der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle; sie stellten häufig den Reichskanzler und waren an den Koalitionsregierungen entsprechend beteiligt.

Versuche, auch im evangelischen Bereich eine Partei zu bilden, wurden unternommen. Der christlich-soziale Volksdienst entstand und wollte evangelischen Christen eine parteipolitische Basis bieten. Allerdings muß festgestellt werden, daß eine gewichtige politische Kraft daraus nicht entstand. Selbst im fränkischen Raum, der ja in Bayern den stärksten evangelischen Bevölkerungsanteil hat, konnte der christlich-soziale Volksdienst damals, trotz bedeutender Persönlichkeiten, kein allzu großes politisches Gewicht erhalten. Die Bevölkerung Frankens war national eingestellt, absolut reichsorientiert, hatte ein starkes Mißtrauen gegen den Föderalismus und lehnte jede partikularistische Tendenz strikt ab. Libe-

rale Auffassungen waren generell gegen christlich orientierte Parteien.

Es würde den Rahmen dieser Betrachtungen sprengen, auf das Wahlverhalten der evangelischen Bevölkerung von 1919 bis 1933 einzugehen. Beachtlich ist, daß trotz vieler Stimmen evangelischer Bürger für die NSDAP schon vor 1933 sich eine Gleichschaltung der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern mit den nationalsozialistischen Vorstellungen der Deutschen Christen nicht vollziehen konnte. Es überrascht, wie selbst alte Nationalsozialisten, als es um die Frage von Kirche und Bekenntnis ging, ganz klar auf der Seite der Kirche standen.

Idee der Union

Die Erkenntnisse der Jahre 1933 bis 1945 ergaben, daß es letzten Endes in der geistig-geistlichen Auseinandersetzung nicht um die

Frage Nationalsozialismus und katholische Kirche ging, sondern einfach um die Frage Nationalsozialismus und Christentum. So wurde durch die Angriffe auf beide Kirchen eine Annäherung zwischen den Konfessionen herbeigeführt.

Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1945 gruppierte sich ein Teil der Parteien der Weimarer Zeit wieder. Dies galt für die Sozialdemokratische Partei, für die Deutsche Demokratische Partei, dies galt ebenso für die Kommunistische Partei, und auch das Zentrum versuchte sich wieder zu etablieren. Der einzig neue Gedanke bei den Parteigründungen nach 1945 war meiner Meinung nach die Idee der Union. Bewußte Christen beider Konfessionen wollten in einer gemeinsamen Volkspartei politisch gestalten und politische Verantwortung übernehmen. Dies war eine Konsequenz aus der Zeit von 1919 bis 1945 und eine Absage an eine konfessionell gebundene Partei.

Von vornherein war klar, daß damit keinesfalls ein Alleinvertretungsanspruch für christliche Auffassungen verbunden war. Bewußte Christen gibt es auch in anderen Parteien. Trotz positiver Resonanz ergaben sich in der praktischen Verwirklichung der Union große Schwierigkeiten. Es gab sofort eine Reihe von Persönlichkeiten, die vom Zentrum, von der Bayerischen Volkspartei, der Deutschen Demokratischen Partei, dem Christlichen Volksdienst kommend, an die Gestaltung der Union gingen.

Auch junge Menschen, die aus dem Krieg zurückkamen, sahen eine Verpflichtung zu politischer Arbeit. Es zeigte sich aber auch, daß sehr starke Vorbehalte vorhanden waren. Hauptgründe dafür waren die Sorgen, eine christlich geprägte Partei könnte katholisch beherrscht sein und zu einer Klerikalisierung der Politik führen. Außerdem spielte wiederum die Frage Föderalismus und Partikularismus, nicht zuletzt im fränkischen Raum, eine Rolle. Trotzdem: Die CSU hatte damals eine große Chance. Ich meine, sie wurde genutzt. Der evangelische Bevölkerungsteil übte zwar zunächst skeptische Zurückhaltung; dank angesehener, vertrauenswürdiger evangelischer Persönlichkeiten konnte jedoch bald eine breite Resonanz geschaffen werden.

Ich erinnere mich an Besprechungen, die 1946 in Ansbach mit Politikern aus der Weimarer Zeit, die bisher überhaupt nicht politisch aktiv gewesen waren, und mit Persönlichkeiten der evangelisch-lutherischen Kirche stattfanden, mit der Zielsetzung, den evangelischen Christen Orientierungshilfe zu geben.

Der Arbeitskreis – eine Notwendigkeit

Der Evangelische Arbeitskreis war aufgrund der Umstände eine absolute Notwendigkeit. Evangelische Persönlichkeiten, aufgrund ihres politischen Wirkens in der Weimarer Zeit erfahren, durch ihre Haltung nach 1933 geachtet und wie die Jüngeren vom Erleben des Krieges geprägt, traten vor die Öffentlichkeit und konnten die Notwendigkeit politischer Betätigung glaubhaft darstellen. Schließlich konnte hier nicht nur das Interesse für die Union geweckt werden, sondern darüber hinaus auch die Bereitschaft, aktiv tätig zu werden.

Für die aktiven evangelischen Christen in der Union war es von Anfang an klar, daß die evangelische Beteiligung nicht nur ein Aushängeschild sein durfte. Die evangelischen Christen hatten die Aufgabe, zwischen Schrift und Be-

**„Die Jünger riefen: Meister! Meister! Wir gehen unter! Jesus wandte sich an seine Begleiter: Wo habt ihr denn euren Glauben?“
(Lukas 8, 22–25)**

kenntnis einerseits und der politischen Willensbildung andererseits eine Verbindung herzustellen. Dies mußte im Programm der Union und in der personellen Darstellung deutlich werden.

Klar wurde auch erkannt, daß im evangelischen Bevölkerungsteil ein starkes Wählerreservoir für die Union vorhanden war. Wenn die Union in Bayern in verhältnismäßig kurzer Zeit auch in evangelischen

Bereichen erfolgreich war, so ist dies zu einem großen Teil der Arbeit des Evangelischen Arbeitskreises und seiner Mitglieder zu verdanken.

Zweifellos hätte die Union ohne Evangelischen Arbeitskreis diese Entwicklung nicht nehmen können. Auch würde es ohne eine entsprechende Beteiligung des evangelischen Bevölkerungsteils eine Mehrheit der Union in Bayern nicht geben. Die hier geäußerten Gedanken können ohne weiteres vom Grundsätzlichen her auf das gesamte Bundesgebiet übertragen werden, gelten also auch für die CDU. Ich bin der Meinung, daß gerade die letzten Jahre gezeigt haben, daß im norddeutschen Raum nach wie vor Reserven im evangelischen Bevölkerungsteil für die CDU vorhanden sind.

Aufgaben

Oft wird die Frage gestellt, ob dieser Evangelische Arbeitskreis heute noch notwendig ist, da ja inzwischen beide Kirchen und bewußte Christen beider Konfessionen in der ökumenischen Bewegung aufeinander zugegangen sind. Wir stellen dankbar fest, daß in dieser Richtung viel geschehen ist und daß manches, was im politischen Bereich an Zusammenarbeit bewußter Christen beider Konfessionen geschah, nun auch im kirchlichen Bereich Fuß faßt. Doch gibt es auch im politischen Bereich nach wie vor mancherlei unterschiedliche Auffassungen zwischen den christlichen Kirchen.

Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises muß es nach wie vor sein, dafür zu sorgen, daß evangelische Meinungen, die von Schrift und Bekenntnis bestimmt sind, bei der Gestaltung politischer Programme und bei der praktischen politischen Arbeit berücksichtigt werden.

Wenn die Union erfolgreich sein will und Bestand haben soll, dann kommt es darauf an, daß keiner den anderen überfordert: Jede Gruppe, die katholischen wie die evangelischen Unionsmitglieder, müssen wissen, wo die Grenzen der Zumutbarkeit im politischen Bereich aufgrund der eigenen konfes-

sionellen christlichen Auffassungen liegen.

Daraus ergibt sich, daß die Aufgaben des Evangelischen Arbeitskreises weiter bestehen. Es wäre gefährlich für die Union, auf dieses Gremium, das evangelische Christen politisch interessiert und aktiviert, den Kontakt zur Kirche hält und sich um Klärungen im kirchlichen und politischen Raum bemüht, zu verzichten. Eine einseitige konfessionelle Partei wäre nicht gut für unser Volk und für unseren Staat. Der Evangelische Arbeitskreis will also klare Vorstellungen aus evangelischer Sicht in die politische Diskussion der Union und der Öffentlichkeit einbringen.

Die Entwicklung in den letzten Jahren im evangelisch-kirchlichen Bereich, sei es in der verfaßten Kirche, sei es auf den Kirchentagen, hat gezeigt, daß die Spannungen im evangelischen Raum besonders groß sind. Das Motto „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ umreißt eines der ernstesten Probleme unserer Tage.

Die evangelische Kirche hat keine hierarchische Struktur wie die katholische Kirche. Lutheraner, Reformierte und Unierte, 17 Landeskirchen bilden die EKD, ohne daß der Ratsvorsitzende der EKD auch nur einen vergleichbaren Primat hätte wie ihn der Vorsitzende der Fuldaer

Bischofskonferenz innehat, vom Papst in Rom ganz zu schweigen.

Auch gibt es im Rahmen der evangelischen Kirche kein absolutes Lehramt, zum Protestantismus gehört die Mannigfaltigkeit der Auffassungen.

Der Evangelische Arbeitskreis muß auch aus diesem Grund das Gespräch mit den Verantwortlichen in der Kirche und mit den Kirchengliedern führen. In diesem Zusammenhang sind die vor kurzem entstandenen Anfragen des Evangelischen Arbeitskreises an die EKD zu sehen.

Evangelische Vorstellungen zu Fragen der Politik werden nur wirksam sein, wenn sie klar vertreten werden. Hier ist der Evangelische Arbeitskreis gefordert. Es gilt dabei auch deutlich zu machen, wo für den evangelischen Christen die Grenzen des Einflusses der Kirche auf Politik und Staat liegen.

Um das christliche Menschenbild

Das Verhältnis von Christentum und staatlicher Ordnung steht zur Debatte. Im vergangenen Jahr wurde in festlich großem Rahmen das Jubiläum der Confessio Augustana gefeiert. Ich habe den Ein-

druck, daß manches hier Gesagte schnell wieder vergessen wurde. Luthers Lehre von den zwei Regimenten (Reichen) müßte bedacht und wieder stärker in die Diskussion gebracht werden. Dadurch könnte uns geholfen werden, die Aufgaben und Grenzen von Staat und Kirche besser zu erkennen.

Das christliche Menschenbild muß wieder klar herausgestellt werden. Gerade die letzten Jahre haben erschreckend gezeigt, wie Menschen ihre Grenzen verkennen und dadurch maßlos werden können. Wir müssen Utopien mit christlichem Realismus entgegentreten! Schließlich geht es auch darum, daß evangelische Christen in der politischen Arbeit glaubwürdig bleiben. Es ist leicht gesagt: „Wir machen Politik aus christlicher Verantwortung“; dies zu verwirklichen, bleibt schwierig. Deshalb brauchen wir die Verankerung in Kirche und Gemeinde. Als Christen werden wir in der Öffentlichkeit nach unserem Verhalten gemessen, auch Christen müssen sich hüten, dem Zeitgeist zu verfallen.

Es genügt auch nicht, eine gute Sozialpolitik als Erfüllung des christlichen Auftrags anzusehen. Christen sollen zum Wohl und zum Heil des Bürgers wirken. Der Evangelische Arbeitskreis will dazu beitragen.

Kurz notiert

„Eliten der Bundesrepublik überdurchschnittlich protestantisch“

Wildenmann-Studie: Protestanten stellen 50 Prozent der „Ämterelite“.

Hamburg: Unter jenen 3 000 Personen, die zur „Ämterelite“ der Bundesrepublik zählen, sind Protestanten mit einem Anteil von 50 Prozent gegenüber Katholiken mit 30 Prozent gemessen an dem in etwa gleichgroßen Bevölkerungsanteil beider Konfessionen weit überproportional vertreten. Wie Rudolf Wildenmann in der jüngsten Ausgabe der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ unter Hinweis auf eine von ihm und Max Kaase erarbeitete Studie weiter schreibt, sind vor allem die Verwaltung, Wirtschaftsverbände, kommu-

nale Eliten und die Justiz überdurchschnittlich protestantisch.

Nur die Eliten der Massenmedien und der Wirtschaft sind nach dieser Untersuchung „etwas mehr katholisch“ als die gesamten Eliten. Wildenmann weist darauf, daß dies bei den Massenmedien aus der paritätischen Besetzung der oberen Positionen in den Rundfunk- und Fernsehanstalten herrührt. Die Presse sei ansonsten überdurchschnittlich protestantisch. Die konfessionelle Bindung und die Bedeutung der konfessionellen Fragen im öffentlichen Leben sind nach Ansicht Wildenmanns jedoch zurückgegangen. Konfessionell vermittelte Verhaltensnormen trügen allenfalls zur Differenzierung von Grundwerten bei.

Nach Angaben Wildenmanns gehören 20 Prozent der Eliten keiner Konfession an. Die Studie bezieht sich auf die füh-

renden Positionen in Parteien, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Massenmedien, Wissenschaft, Militär, Kultur, Kirchen, Kommunale Eliten und Justiz.

Schwindendes Rechtsbewußtsein

Kiel: Schwindendes Rechtsbewußtsein innerhalb der Gesellschaft entsteht nach übereinstimmender Ansicht der Leitung der Nordelbischen Landeskirche sowie leitender Vertreter der Polizei in Hamburg und Schleswig-Holstein gegenwärtig ein wachsendes Problem. Diesem müsse dadurch begegnet werden, wie beide Seiten nach einem Gespräch in Kiel mitteilten, daß die Kirche ihren erzieherischen Auftrag wieder verstärkt wahrnehme und so die friedensbewahrende Bedeutung des Rechts stärke.

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

Evangelischer Arbeitskreis im Aufwind Norddeutsche Regionaltagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg

Gustav Wiegand

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) verspürt neuerdings in Norddeutschland Aufwind. Bei der Regionaltagung Nord in Hamburg, an der sich am 6. März annähernd 400 Besucher, auch aus Niedersachsen, Bremen und Schleswig-Holstein, beteiligten, war deutlich spürbar, daß das „C“ im Parteinamen heute neuen Glanz erfährt. Sicherlich verursacht das nicht zuletzt der kirchliche Linksdrall, der in zunehmendem Maße in der deutschen Innenpolitik deplaciert zu wirken beginnt.

Gerade in Hamburg hat es der EAK bisher recht schwer gehabt - sowohl von der kirchlichen als von der parteipolitischen Szene her. Insofern war es bedeutsam, daß bei dieser Regionaltagung in Hamburg vom Bürgermeisterkandidaten Walther Leisler Kiep bis zu zahlreichen Mandatsträger der CDU viel Prominenz auf der Rednerliste und auf den Ehrenplätzen glänzte.

Deutliche Akzente zum Tagungsthema „Zwischen Angst und Hoffnung“ setzte der Hamburger Bischof D. Dr. Hans-Otto Wölber, der die beiden programmatischen Schwerpunkte der Tagung überzeugend biblisch behandelte. Aus dem gegenwärtigen Dilemma, so sagte Wölber, „kann uns allein ein neues Ethos herausführen, das unsere davongelaufene Zivilisation einholen muß und das nur aus religiösen Tiefen entstehen kann“. In vier Thesen hatte Bischof Wölber sein

Thema gegliedert. Unter ihrem Gewicht wurden auch die anderen beiden Grundsatzreferate betrachtet.

Prof. Dr. Guy Kirsch, gebürtiger Luxemburger und jetzt Finanzwissenschaftler an der Schweizerischen Universität Fribourg, warnte davor, die gegenwärtige politische Krise verharmlosend nur als konjunkturellen Einbruch anzusehen. Er empfahl, die Gesellschaft nicht allein als Wirtschaftsgesellschaft zu sehen und den Aufbau des Wohlfahrtsstaates nicht weiter zu forcieren. Auch meinte er, erst wenn man die Angst überwinden könne, sei die Hoffnung, auch die christliche, wieder berechtigt.

Einen beachtlichen Beitrag leistete Prof. Dr. Roman Herzog, der Bundesvorsitzende des EAK und Mitglied der EKD-Synode, als er, von seinem Manuskript abweichend, davon sprach, daß in der Erziehung nunmehr neue Akzente zu setzen seien. Er sagte unter anderem: „Unsere Zukunft mag zwar etwas weniger wohlhabend werden als die Gegenwart - weniger kompliziert wird sie gewiß nicht“. Konkret meinte der baden-württembergische Innenminister: „Die psychische Widerstandsfähigkeit, zu der man die Kinder heute erziehen wolle, hängt damit zusammen, daß man Kinder nicht auf das Leben vorbereitet, wenn man ihnen jede Schwierigkeit aus dem Wege räumt. Die antiautoritäre Erziehung, die für manche der letzte Schrei war, hat

sich längst totgelaufen.“ Als Christen „sollten wir bedenken, daß diese Widerstandsfähigkeit auch aus dem Glauben erwachsen kann. Die Geborgenheit des Gläubigen kann mehr als anderes Glück und Zufriedenheit geben.“ Beachtliche Worte eines Innenministers, Poli-

Unsere Autoren

Dr. Werner Dollinger, MdB
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Klaus Weigelt
Talstraße 8
5303 Bornheim-Merten

Gustav Wiegand
Informationsdienst der
Evangelischen Allianz - Idea
Postfach 18 20
6330 Wetzlar

Bischof D. Dr. Hans-Otto Wölber
Neue Burg 1
2000 Hamburg 11

kers und Wissenschaftlers aus der Führungsspitze der CDU.

Die Hamburger Regionaltagung des EAK hat in Norddeutschland christlich-demokratische Politik aus evangelischer Verantwortung deutlich gemacht. Diese Politik muß nun allerdings, so meinte ein Tagungsteilnehmer, im politischen Alltag immer wieder auf ihre Wirkung abgeklopft werden.